

Bericht über das 13. Forum NSW

vom Freitag, dem 23. Januar 2009
in Bern, Käfigturm, Marktgasse 67

Themenbereich: Bedingungsloses Grundeinkommen

Dr. Sascha Liebermann, Frankfurt:

**DAS GRUNDEINKOMMEN ALS REFORM DES
SOZIALSTAATES:**

Freiheit ermöglichen, Demokratie stärken, Leistung fördern.

1. Kurzreferat

1.1 Thesen

1. Demokratische Gemeinwesen gründen in der Souveränität ihrer Bürger. Sie sind das Fundament und damit die Legitimationsbasis politischer Ordnung. Vertrauen in die Bürger und ihre Loyalität ist unabdingbare Voraussetzung staatlicher Ordnung.
2. Jegliche politische Entscheidung muss sich vor diesem Hintergrund rechtfertigen, sie muss dazu beitragen, die Grundfesten demokratischer Ordnung zu stärken.
3. 'Aktivierende Sozialpolitik' ersetzt Freiheit durch fürsorgliche Bevormundung. Wo 'Anreize' regieren, wo immerzu 'gesteuert' und gelenkt werden soll, wird Selbstbestimmung durch Fremdbestimmung ersetzt. Dies untergräbt die Grundlagen demokratischer Gemeinwesen.
4. Wer es mit dieser Fremdbestimmung und dem ihr zugehörigen Misstrauen ernst meinte, müsste die Demokratie abschaffen und durch Oligarchie ersetzen. Denn wo den Bürgern nichts zugetraut wird, kann man sich auch nicht auf sie verlassen. Dann bliebe nur übrig, Verantwortung denen in die Hand zu geben, die zu wissen meinen, was gut für die anderen ist.
5. Die unbegriffene Diskrepanz zwischen der tatsächlichen freiheitlichen Ordnung in der wir leben und der Selbstbestimmung der Bürger auf der einen Seite, dem überall herrschenden Misstrauen in sie und dem ihm entsprechenden 'Steuerungsbedürfnis' auf der anderen Seite ist der wahre Grund gegenwärtiger Miseren.

6. Ein bedingungsloses Grundeinkommen von der Wiege bis zur Bahre, hoch genug, um tatsächlich davon leben zu können, pro Kopf jedem Staatsbürger und dauerhaft Aufenthaltsberechtigten gewährt, wäre der demokratischen Ordnung gemäss.¹

7. Ein bedingungsloses Grundeinkommen anerkennt die Bürger als Fundament des Gemeinwesens, maximiert ihre Freiräume, gibt ihnen Verantwortung in die Hand, wo sie diese tragen können und lässt den Souverän souverän sein.

8. Ein bedingungsloses Grundeinkommen fördert Eigeninitiative, erhöht die Chance, dass jeder das macht, was seinen Neigungen und Fähigkeiten am besten entspricht, und hört auf, darüber zu bestimmen, was der Einzelne mit seinem Leben anzufangen hat.

9. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist nicht idealistisch, es ist auch nicht utopisch - es ist die einzig realistische Antwort auf die Möglichkeiten, die wir haben.

1.2 Zusammenfassung des Referats

Im Jahre 2003 lief die parlamentarische Diskussion um die sogenannten Hartz-Gesetze in Deutschland, welche die Bedingungen des Sozialstaates verschärfen wollten. Dies war der Anstoß für uns, die Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ (www.FreiheitStattVollbeschaeftigung.de) zu gründen. Mit dem Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) für alle Bürger wollen wir einen Ausweg aus den überkommenen Vorstellungen einer Sozialpolitik weisen, die nicht auf Freiheit und Selbstbestimmung setzt, sondern Anleitung und Bevormundung favorisiert. Die Parteien waren dafür nicht zu gewinnen. Deshalb wandten wir uns im Sinne einer klassischen Bürgerinitiative direkt an die Öffentlichkeit (die Thesen jener Initiative sind im **Anhang 1** beigefügt). Die Reaktionen waren sehr kontrovers. Sie gingen von „kommunistisch“ bis „neoliberal“.

Im Jahre 2005 vertrat Götz Werner die gleiche Idee als Unternehmer. Dadurch hat die Aufmerksamkeit für das BGE auch medial stark zugenommen.

Unsere Idee leitet sich aus den Grundpfeilern republikanisch demokratischer Ordnung her. Die Demokratie ist die Staatsform, die sich auf die Bürger als Souverän stützt, sie vertraut in ihre Bereitschaft, sich einzubringen. Sich einbringen nach jeweilig individuellen Fähigkeiten und Neigungen kann nur, wer die Freiheit hat, zu entscheiden, wo er dies tun will. Dazu bedarf es einer Einkommensgarantie. Das BGE ist also nichts anderes als eine Anerkennung der Bürger

¹ Hier ist eine wichtige Anmerkung nötig: Das BGE soll eine eigenständige Einkommensquelle sein. Es wird nicht mit anderen Einkommen verrechnet, wie es in allen Vorschlägen der Fall ist, die das BGE als Negativen Einkommensteuer gestalten wollen. Nur wenn das BGE eine eigenständige Einkommensquelle darstellt, bringt es auch zum Ausdruck, dass die Bürger um ihrer selbst willen, als Souverän, anerkannt werden.

als Souverän und die Ermöglichung, Verantwortung zu übernehmen, wo der Einzelne es für richtig erachtet.

Heute besteht ein Widerspruch zwischen der faktischen Form unseres Zusammenlebens in Freiheit und dem Selbstverständnis, nach dem eine solche Einkommensgarantie an Leistungsbedingungen oder Kontrollmassnahmen gebunden ist. Sehr deutlich wird dieses Selbstverständnis am Bologna-Prozess. Er nimmt den Studierenden Freiräume und reguliert alles – dies in einer Zeit, in welcher problemlösendes Denken sowohl im Alltag als auch in der Berufswelt immer dringender gebraucht wird! Dasselbe gilt in der Familienpolitik in Deutschland: Für nicht erwerbstätige Eltern gibt es während 12 Monaten ein Elterngeld von 300.—Euro. Für die Erwerbstätigen hingegen wird ein erwerbsabhängiges höheres Elterngeld ausbezahlt. Damit wird Erwerbstätigkeit auch in der Familienpolitik aufgewertet, Eltern werden damit in zwei Klassen eingeteilt.

Das bedingungslose Grundeinkommen sollte – das wäre die einfachste Form - so gestaltet werden, dass Kinder und Erwachsene gleichviel erhalten. Das Grundeinkommen muss mindestens die Existenz sichern. Eine Familie wäre damit abgesichert. Die Eltern wären frei, selbst zu entscheiden, wer wie viel arbeiten soll, wie viel sie sich selbst um die Kinder kümmern oder auch Betreuungsangebote nutzen.

Der heutige Arbeitsschutz ist vernünftig, weil das Arbeitsrecht zugleich einen Einkommensschutz darstellt. Mit einem BGE hingegen wäre die Beziehung zwischen Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden freier. Die Arbeitnehmenden würden automatisch mehr Verhandlungsmacht haben. Arbeitnehmende wären motivierter, denn sie arbeiteten, weil sie wollten, nicht weil sie müssten. Die Entlastung würde auch den Arbeitgebern zugute kommen: Entlassungen würden nicht mehr die grosse öffentliche Kritik hervorrufen, die sie heute wecken. Heute wird der Automatisierungsprozess in der Wirtschaft durch den normativen Konsens gebremst, der Arbeitsplätze für schützenswert hält (siehe die gegenwärtige Diskussion, in der die Finanz- und Wirtschaftskrise als Bedrohung für Arbeitsplätze gesehen wird; mit einem BGE könnte dies gelassener betrachtet werden..

Das bedingungslose Grundeinkommen hätte zwei Auswirkungen:

- leichtere Entlassung von Arbeitnehmenden
- bessere Sicherung der Arbeitnehmenden.

Die lange Debatte über die Humanisierung der Arbeitswelt würde auf diese Weise erfolgreich abgeschlossen.

Beispiel Bildungswesen: Lebenslanges Lernen bedeutet heute vor allem eine wirtschaftsorientierte Ausbildung, obwohl das praktisch Wichtige nur ‚on the job‘ gelernt

werden kann. Stattdessen könnte die Schule generalistische Problemlösungsfähigkeit fördern. Das bedingungslose Grundeinkommen würde das Bildungswesen davon entlasten, sich an den Erfordernissen der Arbeitswelt zu orientieren und stattdessen problemlösendes Denken um seiner selbst willen einüben. Auch viele Erkrankungen stammen aus dem hohen Druck an der Arbeitsstelle. Das würde wegfallen.

Gründungsunternehmen (sog. Start-ups) haben es besonders schwer, Kredite zu erhalten. Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen wäre es möglich, auch ohne sicheren Absatz für ein Produkt, ein Unternehmen weiter zu führen, wenn die Mitarbeiter vorübergehend nur ihr BGE hätten (sofern diese einverstanden sind). Kredite bedürfte es zu Beginn dann vor allem für die Investitionen. Das Grundeinkommen wäre also innovationsfördernd.

Das bedingungslose Grundeinkommen löst gewiss nicht alle Probleme, aber es ist ein Anker und es bringt wesentliche neue Impulse. Es macht uns deutlich, dass viele Probleme, die wir haben, aus der Erwerbszentrierung der Ordnungspolitik herrühren.

Die Arbeitslosenstatistik würde beispielsweise wegfallen. Sie ist heute ohnehin willkürlich (z.B. werden die vielen nicht erwerbslohnbezogenen Leistungen gar nicht erfasst).

Der Demokratisierungseffekt wäre gross. Die Bürger könnten sich voll für ein Ehrenamt einsetzen. Viele möchten sich einbringen. Wer es nicht will, könnte trotzdem ein würdiges Leben führen. Unsere Länder wären in der Lage, das bedingungslose Grundeinkommen einzurichten.

2. Diskussion

Zur Problematik von Zins- und Zinseszins: Die Umverteilung von arm zu reich wird durch das bedingungslose Grundeinkommen nicht geändert. Braucht es dazu eine neue Währung, in der man das Grundeinkommen ausbezahlt? Ja, aber warum ist das heute so? Wozu all dieser Zuwachs in der Wirtschaft? Auch ohne Wachstum (relativ zum Vorjahr) nähme der Wohlstand zu. Wachstum soll die Arbeitslosigkeit beseitigen. Allerdings ist die Arbeitslosigkeit ein Wirtschaftserfolg (Produktivitätssteigerung)! Wir sollten uns fragen, wozu wir Wachstum wollen. Das BGE gibt als Antwort: die Freiheit des Einzelnen muss gestärkt werden. Die Frage lautet also: wozu sollen die wirtschaftlichen Erfolge dienen? Die Frage beantworten wir gegenwärtig nicht, die Wirtschaftskrise ist wesentlich also eine Sinn-Krise. Heutige Alternativwährungen sind mit dem Geldsystem verschränkt und bestehen nicht wirklich eigenständig.

Warum ist das bedingungslose Grundeinkommen nicht nur eine (abstrakte) Utopie? Wie würde es funktionieren? Alle Berechnungen sind reduktionistisch. Wir müssen Annahmen treffen und simulieren auf Basis dieser Annahmen mit Daten aus der Vergangenheit eine Zukunft. Das hat überhaupt keine Aussagekraft, wenn gerade die Ausgangsbedingungen sich ja ändern werden. Rechnerisch betrachtet ist das bedingungslose Grundeinkommen nur für jene ein Zusatz, die heute in ihrem Einkommen tiefer liegen als der Betrag X des dann eingeführten Grundeinkommens. Nach Schätzungen handelt es sich in Deutschland um einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf von ca. 60 Milliarden Euro (immer abhängig davon, wie hoch das BGE in den Berechnungen angesetzt wird). Das ist wenig. Nicht berechenbar ist aber, welche Produktivitätssteigerung dadurch entsteht, dass die Freiräume viel größer sind, sich den Wirkungsort zu suchen oder zu schaffen, an dem man mitwirken will.. Das Grundeinkommen fördert zugleich die Nachhaltigkeit, weil Konsum kein Selbstzweck ist. Wenn der Konsum nachlässt, kann das Grundeinkommen auch gesenkt werden. Die Frage der wirtschaftlichen Wertschöpfung liegt also ganz in den Händen der Bürger.

Wie lässt sich das Grundeinkommen praktisch und politisch umsetzen? Es braucht zunächst eine öffentliche Diskussion. Solange nicht klar ist, worum es beim BGE geht, solange können auch keine Umsetzungsschritte ergriffen werden. Nun haben sich alle deutschen Parteien schon dazu geäußert, meist negativ bzw. mit Vorschlägen, die aus dem BGE eine Sparversion machen. Aber immerhin nehmen die Parteien Stellung, der öffentliche Druck ist also schon groß genug, auch wenn die Debatte noch nicht intensiv genug ist. Viele erste Schritte wären denkbar: z.B., die Sozialhilfebezüge zu pauschalisieren oder das Kindergeld anzuheben. Je höher das Grundeinkommen aber ist, desto stärker sind seine Auswirkungen, desto mehr Veränderung erreichen wir.

Die Beispiele Sozialhilfe und Kindergeld zeigen die Vorteile der Freiheit gerade relativ wenig auf. Wie werden die Vorteile am besten sichtbar? Wir haben ein etabliertes System von Sozialversicherungen, das zu ersetzen wäre. Ja, aber unter welchen Bedingungen wird Sozialhilfe heute gewährt? Der Sozialhilfeempfänger könnte inskünftig in Würde leben. Heute hingegen weiß er (wegen des Konsenses darüber) und erfährt bei jedem Kontakt mit dem Sozialamt, dass er nicht schafft, was doch alle schaffen sollen: ein Einkommen über Erwerbsarbeit zu erzielen. Das Absurde an der Aktivierungspolitik ist, dass sie gerade die Schwächsten in die Enge treibt.

Aber kann man so politisch demonstrieren, dass das Grundeinkommen für unser politisches System positive Wirkungen zeitigt? Das kann immer bezweifelt werden, wie auch die Wirkung der Demokratie vor ihrer Einführung bezweifelt wurde. Entscheidend ist, sich die Zusammenhänge klar zu machen. Wenn wir verstehen, woher heutige Probleme rühren, dann verstehen wir auch, weshalb das BGE einen einfachen, transparenten und für jeden nachvollziehbaren Ausweg weist.

Insgesamt wollen sie also, dass die Parteien durch den politischen Druck der Bürgerschaft dazu gebracht werden, das bedingungslose Grundeinkommen zu bejahen. Es soll sich für sie in Wählerstimmen lohnen, für das Grundeinkommen einzustehen. Ganz genau, der Auftrag der Politik ist, zu gestalten, was die Bürger für richtig halten.

Welchen Grund haben die Menschen nachher noch zu arbeiten? Wie können wir zeigen, dass es zum Menschen gehört, tätig zu sein? Der Kapitalismus hat uns schon sehr entfremdet und verdinglicht. Wir müssten diese Schäden rehabilitieren. Die Frage ist, ob die öffentliche Diskussion tragfähig genug ist, um den Wandel zu bringen. Dass die Menschen tätig sein wollen, müssen wir nicht zeigen, wir können es sehen, sie sind es ja heute schon. Mit einem BGE würde sich einiges verändern, doch für viele unterschiedlich. Es gibt viele, die schon heute so leben, wie unter dem Grundeinkommen erstrebt wird (Akademiker, Künstler, Unternehmer u.a.). In diesen Berufen ist die intrinsische Motivierung schon heute entscheidend. Wo das nicht so ist, wo extrinsische Motivation vorherrscht, wird es zu einer Krise kommen, denn ihr Sinn wird nun in Frage gestellt. Freiheit wird zugemutet! Es gilt dann für jeden und jede herauszufinden, was er oder sie mit ihrem Leben anfangen will. Wir sehen das schon heute in der Wirtschaftskrise – sie ist eine Sinn-Krise, in der das Alte zerbricht und wir noch nicht wissen, was an seine Stelle treten soll. Deswegen halten wir so sehr am Alten fest.

Ein Bild ist zu korrigieren: Auch Sozialhilfebezüger sind nach meiner Erfahrung meist in der Lage, ihr Leben selbst zu gestalten. Es wäre ein guter Ansatzpunkt, in einer einzelnen Gemeinde damit zu beginnen. Unser Bild von Sozialhilfebezügern ist falsch und einseitig. Es sind nicht nur Ungebildete; viele könnten sich positiv entwickeln. Wenn wir in der Diskussion, im Gespräch aufzeigen, was für Veränderungen möglich wären, lassen sich viele Ängste beheben (z.B. könnte auch eine kleine Käserei weiter betrieben werden, ohne dass sie Subventionen benötigte). Es braucht solche konkrete Bilder. Vor allem aber müssen wir uns

dem öffnen, was wir heute schon beobachten können, dann würde mancher Zweifel verschwinden.

Sozialhilfe ist kein gutes Beispiel. Wer hat nachher Anspruch auf das bedingungslose Grundeinkommen? Das wiederholt das Problem. Besser wäre es, bei der Familienarmut anzusetzen. Kinder aus armen Familien haben schlechtere Chancen. Hier wären die positiven Wirkungen besser erkennbar. Jeder erhält das BGE, das ist ja gerade der Unterschied zur Sozialhilfe. Damit ist auch erst das Stigma aufgehoben, das heute auf der Sozialhilfe liegt. Wenn wir in einer Gemeinde anfangen, schaffen wir Sonderzonen. Gerade mit einem BGE wäre die Familienarmut beseitigt. Wir dürfen aber auch nicht naiv sein und glauben, mit einem BGE würden aus allen Unternehmer, Künstler, Wissenschaftler usw. Welche Schritte dann konkret genommen werden, das wird aus der öffentlichen Diskussion erwachsen. Es kommt drauf an, wie viel Ängstlichkeit bestehen bleibt, wie viel wir uns zutrauen. Hier liegt der Schlüssel.

Erstens: Wir haben heute 138 Milliarden Sozialausgaben in der Schweiz, das ergibt pro Kopf 1500 Franken pro Monat. Das liegt unter dem Existenzminimum. Damit wären die Ärmere noch schlechter dran. Wir müssten auf einen Schlag alle Systeme ändern, kämpfen aber um kleinste Schritte. Heute bedingt der Sozialstaat auch viel persönliches Engagement von Sozialdiensten. Das bedingungslose Grundeinkommen bringt aber nur Geld. Die Sozialintegration fällt damit weg. Zweitens: Folgt Ihr Vorschlag der Milton-Friedman-Schule? Nach dieser Lehre gibt es keine Gesellschaft, sondern nur Individuen. Drittens: Der Mensch definiert sich doch auch über die Arbeit, also braucht er sie! Zu Friedmann: Friedman hat kein bedingungsloses Grundeinkommen gefordert. Er wollte nur eine Steuerrückvergütung. Nach ihm muss an sich jeder arbeiten, kriegt aber eine Ersatzleistung, wenn er unter einer definierten Einkommensgrenze liegt.. Dies Grenze sollte geringer als das Existenzminimum sein, damit der „Anreiz“ zu arbeiten nicht verloren geht. Wir wollen das Gegenteil: das BGE muss mindestens existenzsichernd sein, die Menschen benötigen keinen „Anreiz“, sie wollen sich einbringen, das sehen wir überall. Zur Beratung: Wer sich beraten lassen will, kann das, solange Beratung freiwillig ist Heute aber muss er es, es handelt sich also nicht um Beratung, sondern um Belehrung. Ein staatliches Angebot der Beratung soll erhalten bleiben, es können aber auch private Strukturen entstehen. Der Staat kann mehr delegieren. Zum Wert der Arbeit: Wenn Arbeit ein so hohes Gut ist wie in der Schweiz,

werden sich die Leute Wirkungsorte suchen oder schaffen.. Dass der Mensch sich durch Tätigkeit definiert, spricht für das bedingungslose Grundeinkommen.

Die Initiative ist erfreulich; das Problem ist aber der Übergang. Es gibt schon viele Detailprobleme im Übergang vom Sozialstaat zum bedingungslosen Grundeinkommen. Z.B.: Wenn den Kindern Geld gegeben wird, wird es an die Eltern gewährt unter der Bedingung, dass sie Kinder haben. Das ist eine starke Bedingung und widerspricht der Idee. Zweites Beispiel: Die Freiheitsrechte aller müssten eingeschränkt werden, weil es starke Kontrollmechanismen brauchte gegenüber jenen, die über dem Grundeinkommen liegen (Bankgeheimnis abschaffen!). Es ist wie beim Kommunismus, wir müssten viel Freiheit einschränken, bevor wir ans Ziel gelangen. Nein. Es gibt gar keinen Missbrauch, denn mit dem BGE kann jeder alles tun, solange er nicht gegen die politische Ordnung handelt. Mit dem BGE verändert sich nur die Einkommenszusammensetzung. Eltern verwalten das BGE ihrer Kinder treuhänderisch wie heute das Kindergeld. Sie können am besten entscheiden, was ihre Kinder benötigen. Jeder Zusatzverdienst bleibt dem Einzelnen erhalten. Die Anstellung erfolgt immer in Kenntnis des Grundeinkommens, d.h. jede Lohnverhandlung erfolgt auf der Basis dessen, dass ein Grundeinkommen da ist. Das heißt aber nicht, dass der Lohn deswegen vom Arbeitgeber gekürzt wird, das entscheidet er nicht, sondern es unterliegt der Verhandlung.

Wie wird das Ganze finanziert? Die Finanzierung läuft über Steuern. Mir leuchtet hier das Konsumsteuermodell am meisten ein. Die Unternehmen könnten den Steuern nicht davonlaufen wie es heute durch Steueroasen möglich ist. Alle Kosten eines Unternehmens werden heute in die Preise inkalkuliert. Der Verbraucher trägt also heute schon alle Steuerlast, ohne dass wir uns darüber bewusst sind, denn ausgewiesen wird nur die Mehrwertsteuer (auf der Quittung). Die Konsumsteuer als Ersatz aller andern Steuern macht aber alles sichtbar. Jeder weiß dann sofort anhand der Quittung wie hoch die Staatsquote ist. Das schafft Transparenz und eine Steuer ist einfacher zu kontrollieren, als die vielen, die wir heute haben.

Die Konsumsteuer belastet aber die Armen stärker als die Reichen! Jede Besteuerung, das ist auch heute so, belastet diejenigen, die wenig Einkommen haben, relativ höher als diejenigen, die hohe Einkommen haben. Heute sind es gerade die Bezieher hoher hohen Einkommen, die den Steuern am ehesten ausweichen können. Insofern funktioniert das System nicht. –Die

Frage ist doch: Spielt die Einkommensungleichheit noch eine solche Rolle, wenn für alle ein Boden eingezogen ist, der ein würdiges Leben ermöglicht? Das genau könnte das Verteilungsziel sein, das wir mit einem BGE erreichen.

Wie sollen Arbeitslose behandelt werden, die ein höheres Einkommen hatten? Das betrifft die Frage, was eine öffentliche Aufgabe ist. Wollen wir Einkommensstandard oder Lebensstandard sichern? Ist der Staat beauftragt, die bestehenden Ungleichheitsverhältnisse zu stabilisieren oder ist er beauftragt, die Existenz zu sichern? Der Staat soll nicht die gewohnte Lebenshaltung absichern.

Damit kümmert sich die Initiative für das bedingungslose Grundeinkommen nur um die absolute Gerechtigkeit: die Sicherung einer existenziellen Würde. Daneben gibt es aber noch Ansprüche der proportionalen Gerechtigkeit: Wer einen höheren Lebensstandard hat und die Verdienstquelle verliert, wird wesentlich härter getroffen als wer ohnehin schon nur knapp über dem Grundeinkommensbetrag verdient hat. Auch proportionale Gerechtigkeit ist eine Staatsaufgabe.

In welcher Hinsicht? Proportionale Gerechtigkeit im Sinne einer Sicherung, die individuelle Härten nicht dem Einzelnen überlässt, da stimme ich zu. Dafür muss es ein Gesundheitswesen geben und auch Transferleistungen für diejenigen, die z.B. aufgrund von Behinderung besonderen Bedarf haben. Lebensstand ist aber keine individuelle Härte, sondern er ist frei gewählt. Weshalb sollte das Gemeinwesen dem Porschefahrer seinen Porsche finanzieren?

*Wir von der Organisation BIEN-CH (Basic Income Earth Network-Switzerland) haben errechnet, dass das Grundeinkommen finanzierbar wäre (vgl. dazu **Anhang 2**, vgl. für Deutschland Berechnungen von FsV auf der Website unter „Finanzierung“).*

Die Verteilung der Leistungen und Güter auf die Produktionsfaktoren hat sich verschoben. Produktionsfaktor Arbeit hat immer weniger Gewicht. Die Vergütung verschiebt sich laufend auf das Kapital. Die Korrektur dieser Ungleichheit ist Hauptgrund für das bedingungslose Grundeinkommen. Es trifft zu, dass das Kapital die Arbeit fortschreitend ersetzt, allerdings nur die standardisierbaren Arbeitsabläufe. Wir müssen daher einen arbeitsunabhängigen Einkommenstransfer schaffen. Heute dreht sich alles um die Honorierung von Erwerbseinkommen. Der Wert des Bürgers wird in seiner Arbeitsleistung gesehen. Das gilt es zu verändern, denn die Bürger sind das Fundament des Gemeinwesens, sie zu stärken ist unsere Aufgabe, wenn wir das Gemeinwesen stärken wollen. Es geht um die Relativierung

der Wertigkeit von Erwerbsarbeit. Wir müssen die heutige Fixierung auf die Erwerbsarbeit aufgeben, die schon lange nicht mehr unseren Lebensverhältnissen entspricht.

Entgegen gewissen Behauptungen an diesem Abend ist das bedingungslose Grundeinkommen nicht gleichzusetzen mit der bloßen Bereitstellung eines Geldbetrages. Es geht vielmehr darum, die Bürger als Bürger anzuerkennen und dadurch ihnen die Möglichkeit zu geben, das Beste aus ihrem Leben zu machen. Das Grundeinkommen schafft Möglichkeiten, gibt jedem einen Wert, nicht weil er leistet, sondern weil er zum Gemeinwesen gehört.

Anhang 1: Thesen der Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“

1. Arbeitsleistung zur Grundlage der Teilhabe am Wohlstand zu machen, ist gerecht, solange Wohlstand überwiegend durch menschliche Arbeitskraft erzeugt wird. Heute aber wird menschliche Arbeitskraft mehr und mehr durch „Maschinen“ (Automaten, Computersoftware) ersetzt.

Halten wir dennoch an der ausschließlichen Verteilung von Einkommen über Arbeitsleistung fest, führt das entweder zu steigender Arbeitslosigkeit oder zu sinkenden Einkommen.

2. Der Wohlstand unseres Landes ist der Wohlstand aller Bürger. Er geht auf die Leistungen aller Bürger zurück, auch auf die Leistungen vorangehender Generationen.

Deshalb gebietet es die Gerechtigkeit, alle Bürger an diesem Wohlstand zu beteiligen.

3. Unser Wohlstand ist das Ergebnis erfolgreicher Innovationen. Innovationen steigern die Produktivität und befördern die Wertschöpfung: Sie ermöglichen es, Arbeitsabläufe zu automatisieren und menschliche Arbeitskraft einzusparen.

Arbeitslosigkeit ist kein Zeichen von Armut, sondern ein Ausdruck der Produktivität und des Vermögens unseres Landes.

4. Verzicht auf Innovationen ist Verzicht auf Wohlstand und damit auf Freiheit von unnötiger Arbeit.

Freiheit der Bürger ist auch Freiheit von unnötiger Arbeit, die durch programmierbare Automaten verrichtet werden kann.

5. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zur Arbeit zu zwingen, mißtraut ihrer Gemeinwohlbindung und schränkt die bürgerlichen Freiheiten ein.

6. Das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung hat zur Folge, daß Arbeitslose und Arbeitnehmer für die wirtschaftliche Produktivität unseres Landes bestraft werden.

Sie werden gezwungen, ihre Arbeitskraft zu sinkenden Löhnen und Gehältern bei reduzierter sozialer Absicherung zu verkaufen, obwohl ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigt wird.

7. Das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung hat zur Folge, daß Bürger – ohne Not – dauerhaft zu Tätigkeiten gezwungen werden, die automatisierbar sind. Automatisierbare Arbeit ist ersetzbare Arbeit; ersetzbare Arbeit kann nicht sinnstiftend sein.

Das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung geht somit für eine steigende Anzahl von Bürgern mit dem Verlust beruflicher Sinnstiftung einher.

8. Das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung zieht eine Verschwendung von Lebenszeit der Bürger nach sich, weil sie an geisttötende, unwürdige Arbeiten gebunden werden. Die Zeit wird sinnlos „abgesessen“ und kann nicht für sinnvolle Tätigkeiten genutzt werden; die Würde des Menschen wird mißachtet.

9. Wenn Würde und Integrität von Menschen nicht mehr die oberste Richtschnur politischer Entscheidung sind, wird das politische Gemeinwesen in seinen Grundfesten erschüttert.

**Wir schlagen vor:
Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger ...**

... stärkt die Familie. Sie kann sich der Erziehung und der Fürsorge für ihre Kinder widmen, ohne sich um ihre Einkommenssicherung zu sorgen.

... fördert Innovation in allen gesellschaftlichen Bereichen und ermöglicht die dazu erforderliche Muße. Innovative Ideen können frei entwickelt werden, ohne daß sie vom Absatz an einem Markt abhängig sind.

... stärkt die Unternehmen. Sie können automatisieren, ohne sich Sorgen um entlassene Mitarbeiter zu machen. Sie können auf leistungsbereite Mitarbeiter setzen, denn Erwerbsarbeit wird freiwillig geleistet.

... stärkt die Volkswirtschaft. Unproduktive Industrien und Wirtschaftszweige müssen nicht mehr subventioniert werden.

... ermöglicht einen umfassenden Abbau von Bürokratie, auch in den Sozialsystemen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ersetzt weitestgehend bestehende Sozialleistungen.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger stärkt die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, und gibt ihnen die Freiheit dazu.

Ute Fischer, Stefan Heckel, Axel Jansen, Sascha Liebermann, Thomas Loer (www.freiheit-statt-vollbeschaeftigung.de)

Anhang 2: Auszug aus einem Mail von Albert Jörimann, BIEN:

Von den von Ruedi Strahm genannten 138 Mrd. Sozialausgaben nehmen wir nur 100 Mrd. (ohne Pensionskassenbeiträge, im Jahr 2005 rund 36 Mrd. - d.h. wir lassen diese international stark beachtete, allerdings auf Lohnabhängige beschränkte Form der Bildung von Privatvermögen unangetastet). Die Krankenversicherung ist also inbegriffen (auch im Grundeinkommen). Dazu rechnen wir administrative Einsparungen bei Bund, Kantonen und Gemeinden, Landwirtschaftssubventionen (Direktzahlungen), Stipendien, Kulturbeiträge sowie Fazu/Kizu (sind m.W. nicht in den Sozialleistungen enthalten) mit weiteren 10 Mrd. Das ergibt bestehende Belastungen, die auf ein Grundeinkommen übergehen würden, von 110 Mrd. Franken.

Dem gegenüber stehen 6.5 Mio. Vollrenten (vorausgesetzt, Kinder erhalten eine halbe Rente), d.s. bei 2500 Franken pro Monat Fr. 30'000 im Jahr, heisst insgesamt 200 Mrd. Franken.

Es besteht also eine Finanzierungslücke von 90 Mrd. Franken im Jahr.

Diese kann man in der politisch gewünschten Art und Weise schliessen (Energiesteuern, Erbschaftssteuern, direkte Bundessteuern, Mehrwertsteuern, meinetwegen auch Feuerwehrsteuern, die linken Vertreter fordern eine Reichtumssteuer usw.); Bernard Kundig schlägt langfristig eine gemischte Finanzierung vor durch die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer. Mein Vorschlag ist ausgesprochen kurzfristig. Ich gehe von der Annahme aus, dass von den 4.3 Mio. Beschäftigten rund 70% deutlich über dem Grundeinkommen verdienen, was heisst, dass man bei diesen das Grundeinkommen direkt wieder abziehen kann; für sie handelt es sich somit in der Praxis um eine Nullsummenrechnung. Das sind 3 Mio. Beschäftigte, mal 30'000 Franken pro Jahr ergibt 90 Mrd. Franken. Alles andere bleibt unverändert, beziehungsweise: Die anderen Anpassungen oder Veränderungen, sofern sie gewünscht und politisch durchsetzbar sind, hängen nicht direkt mit der Einführung des Grundeinkommens zusammen.

Die Rechnung ist natürlich sehr grob. Nicht berücksichtigt sind Steuerausfälle, Beiträge an eine privatrechtliche Zusatz-ALV und vor allem die mikro- und makroökonomischen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt oder auf das Konsumverhalten oder überhaupt das Verhalten (z.B. Wohnungsmarkt, Mobilität). Aber bei all diesen Lücken zeigt sie klar, dass ein Existenz sicherndes Grundeinkommen bereits heute finanziell grundsätzlich ohne substanzielle Mehrkosten möglich wäre (wir sprechen bei BIEN in der Regel von Kostenneutralität).